

Stand: 23.02.2026 01:20:38

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/214

"Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen!"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/214 vom 30.01.2019
2. Beschluss des Plenums 18/253 vom 31.01.2019
3. Plenarprotokoll Nr. 7 vom 31.01.2019



Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Doris Rauscher, Michael Busch, Florian Ritter, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Volkmар Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Ruth Müller** und Fraktion (SPD)

Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, alle erforderlichen Maßnahmen zu ergreifen, um sicherzustellen, dass auch vor Inkrafttreten des neuen Haushaltsplans 2019/2020 Planungen und Ausbau von Kindertagesstätten bedarfsgerecht und ohne weitere Verzögerung fortgesetzt werden können. Insbesondere ist zu gewährleisten, dass die Kommunen über die Grundförderung von 50 Prozent der Investitionskosten hinaus auch mit der zugesagten zusätzlichen Förderung von bis zu 35 Prozent planen können.

Gleichzeitig fordert der Landtag die Staatsregierung auf, auch im Entwurf für den Doppelhaushalt 2019/2020 – neben der reinen Weitergabe von Bundesmitteln aus dem Sonderinvestitionsprogramm „Kinderbetreuungsfinanzierung 2017-2020“ – zusätzliche Mittel vorzusehen, um sicherzustellen, dass kommunale Investitionsvorhaben für Kinderbetreuungsplätze in den kommenden Jahren mit im Regelfall 85 Prozent gefördert werden können.

Begründung:

Die Staatsministerin für Familie, Arbeit und Soziales, Kerstin Schreyer, hat noch im September 2018 erklärt: „Die Kommunen leisten beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinderbetreuung seit Jahren Hervorragendes. Dabei können sie sich auf die Staatsregierung als starken Partner an ihrer Seite verlassen.“ Im Koalitionsvertrag von CSU und FREIEN WÄHLERN wird zumindest die Schaffung von 42.000 neuen Betreuungsplätzen bis 2023 versprochen, ohne jedoch den Kommunen eine zeitnahe Finanzierung schon in den Jahren 2019 und 2020 in Aussicht zu stellen.

Laut Medienberichten reichen bereits zu Jahresbeginn 2019 die bislang vorgesehenen Mittel für neue Maßnahmen, die über die Grundförderung hinausgehen, nicht mehr aus (siehe z. B. Bericht in der „Augsburger Allgemeine“ vom 21.01.2019). Damit droht bis zum Inkrafttreten des neuen Haushaltsplans 2019/2020 (was voraussichtlich erst im Juni 2019 geschehen wird) de facto ein Stillstand bei den Planungen einiger Kommunen, da Bewilligungsbescheide wegen der ausgeschöpften Haushaltsmittel derzeit nicht erteilt werden können. Die Kommunen können keinerlei Aufträge vergeben, ohne den Verlust einer späteren staatlichen Förderung zu riskieren. Hier muss die Staatsregierung sofort handeln und einen rechtlichen Zustand herstellen, der es den Kommunen erlaubt, aufbauend auf den zusätzlichen Förderzusagen neue Maßnahmen zu planen und zu bauen. Ggf. sind die Regelungen zur vorläufigen Haushaltsführung anzupassen bzw. bei Bedarf auch zusammen mit dem Landtag Lösungen zu finden.

Insgesamt sind in den kommenden Doppelhaushalten des Freistaates Bayern so viele Mittel bereit zu stellen, dass es den Kommunen ermöglicht wird, den Ausbau der Kinderbetreuung bedarfsgerecht und zeitnah zu realisieren. Wie auch der Vorsitzende des Bayerische Städtetags, der Augsburger Oberbürgermeister Dr. Kurt Gribl fordert, „...ist es jetzt wichtig, dass der Freistaat für Planungssicherheit sorgt und die Kontinuität der Förderung für neue Kitaplätze sicherstellt“. Dies geschieht durch reale Ansätze im Haushalt des Freistaates Bayern und nicht durch unverbindliche Erklärungen in einem Koalitionsvertrag oder durch eine Staatsministerin.



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Horst Arnold, Harald Güller, Doris Rauscher, Michael Busch, Florian Ritter, Klaus Adelt, Dr. Simone Strohmayr, Inge Aures, Volkmarr Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Margit Wild, Ruth Müller** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 18/214

Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Markus Rinderspacher

V. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher

Abg. Doris Rauscher

Abg. Dr. Helmut Kaltenhauser

Abg. Harald Güller

Abg. Johannes Becher

Abg. Sylvia Stierstorfer

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Jan Schiffers

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch

Staatsministerin Kerstin Schreyer

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD)

Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen! (Drs. 18/214)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Martin Hagen, Matthias Fischbach, Dr. Dominik Spitzer u. a. und Fraktion (FDP)

**Sonderinvestitionsprogramm "Kinderbetreuungsfinanzierung 2017 - 2020"
Fördergelder nicht ausreichend - Kommunen benötigen Planungssicherheit
(Drs. 18/229)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Johannes Becher u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Sonderinvestitionsprogramm des Freistaats zum Ausbau der
Kindertagesbetreuung auflegen! (Drs. 18/230)**

Die SPD-Fraktion hat für ihren Dringlichkeitsantrag namentliche Abstimmung beantragt. Damit ist das bekannt gegeben. – Wenn die Kolleginnen und Kollegen die Lebenswürdigkeit besitzen, jetzt ihre Plätze einzunehmen, eröffne ich die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion. – Bitte sehr, Frau Rauscher.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Die Kommunen leisten beim quantitativen und qualitativen Ausbau der Kinder[tages]betreuung seit Jahren Hervorragendes. Dabei können sie sich auf die Bayerische Staatsregierung als starken Partner an ihrer Seite verlassen.

Diese Aussage von Sozialministerin Kerstin Schreyer stimmt leider nur zur Hälfte. Ja, die Kommunen stemmen den Ausbau bei den Kita-Plätzen. Das ist richtig und sehr wichtig für gute Betreuungs- und Bildungsangebote für alle Kinder in Bayern und für die Familien als Unterstützung bei der Vereinbarkeit von Beruf und Familie. Nur den starken Partner an der Seite vermissen sie leider gerade. Die Staatsregierung hat zwar 2017 erklärt, dass alle Kommunen beim Ausbau der Kinderbetreuung mit einem wichtigen Investitionsprogramm unterstützt werden. Eigenes Geld stellt die Staatsregierung dafür zwar nicht zur Verfügung, wenigstens aber Gelder des Bundes, die für diesen Zweck an die Länder überwiesen werden. So weit, so gut. Die Städte und Gemeinden gehen in die Planung für neue Krippen und Kindergärten. Schließlich stehen nicht nur 50 % Grundförderung, sondern auch 35 % Zusatzförderung im Raum. Wir reden da, je nach Gemeinde, von zusätzlichen Geldern in Höhe von zwischen 90.000 Euro und 1 Million Euro.

Jetzt, pünktlich zur Halbzeit des Programms, zeigt sich: Von einem wichtigen Programm kann nicht mehr die Rede sein. Was anfangs nur ein Gerücht war, hat sich in der vergangenen Woche als bittere Realität herausgestellt. Deshalb stellen wir unseren Dringlichkeitsantrag. Ende November 2018 waren schon 85 % der Gesamtsumme aus dem Zusatzprogramm verteilt, weil der Bedarf in Bayern so hoch ist. Jetzt, Anfang 2019, sitzen die ersten Städte und Gemeinden auf dem Trockenen. Ihre Förderanträge werden abgelehnt. Das Geld ist verbraucht. Anstelle von Zusatzförderung gibt es jetzt Verunsicherung, Verärgerung und Planungsstopps auf allen Seiten. Die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister können ihre Budgetplanung über den Haufen werfen. Sie können sich nicht sicher sein, ob sie überhaupt noch Geld aus dem Sonderinvestitionsprogramm bekommen können und, wenn ja, wann. Und das verärgert die Eltern – das darf man nicht unterschätzen –, für die der Kita-Platz für ihr Kind jetzt

doch nicht so schnell gebaut wird, wie sie ihn für ihre Familien- und Lebensplanung dringend bräuchten.

Deshalb braucht es jetzt umgehend einen echten wuchtigen Aufschlag: Der Zusatztopf wird aufgefüllt, und zwar heute, nicht erst zum Abschluss der Haushaltsberatungen Mitte des Jahres, sonst entsteht ein Ausbauvakuum.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Und der Freistaat legt eigene Gelder obendrauf. Nicht nur Bundesgelder, sondern auch Landesgelder sind bitter nötig, um die Lücke zwischen Angebot und Nachfrage bei den Kita-Plätzen zu schließen. Rund 50.000 Kita-Plätze fehlen in Bayern. Das Thema darf nicht mehr auf die lange Bank geschoben werden. Die Städte und Gemeinden verlassen sich auf die Finanzierungszusagen beim Kita-Ausbau genauso wie die Eltern und ihre Kinder. Sie brauchen Kontinuität.

Wenn Sie Ihre Versprechen ernst meinen, dann stimmen Sie unserem Antrag heute zu. Denn es ist wichtig. Jetzt gilt's, ab sofort und dauerhaft. – Danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Kollegin Rauscher. – Die nächste Wortmeldung kommt von Herrn Dr. Helmut Kaltenhauser von der FDP-Fraktion. Bitte schön.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, zumindest diejenigen, die hier noch sitzen! Der Ausbau der Kinderbetreuung ist zweifellos eine sehr gute und sehr wichtige Sache. Deshalb hat die FDP damals in der CSU/FDP-Koalition auf den Einstieg in eine kostenfreie Kindergartenbetreuung gedrängt. Leider hat die darauf folgende Alleinregierung der CSU einen Teil davon wieder zurückgenommen.

Trotzdem: Dass wir in diese Richtung unterwegs sind, ist völlig unbestritten. Deshalb ist es natürlich umso wichtiger, dass die Kommunen jetzt Planungssicherheit haben, insbesondere was die Mittel aus dem Sonderinvestitionsprogramm angeht. Eine Pressemeldung – Sie haben sie gerade eben zitiert, Frau Kollegin – bestätigt, dass es hier ziemlich zu hapern scheint, ganz abgesehen davon, dass eine Berücksichtigung im neuen Doppelhaushalt die Lücken wahrscheinlich richtig aufzeigen wird. Deshalb hat die FDP schon letzte Woche einen Dringlichkeitsantrag gestellt, den wir hier nochmals als nachgezogenen Antrag eingereicht haben.

Ich habe trotzdem ein Problem mit dem Antrag, wie er von der SPD formuliert ist. Lassen Sie mich ein bisschen grundsätzlich werden: Nicht die Regierung verfügt über das Geld. Der Landtag stellt das Geld zur Verfügung. Er stellt fest, wie viel bei welchen Themen investiert werden soll, und die Regierung führt das dann aus. Da mögen Sie mich als Parlamentsneuling vielleicht für ein bisschen naiv halten.

(Sylvia Stierstorfer (CSU): Das ist eigentlich richtig! – Thomas Huber (CSU): Das ist richtig!)

Aber die Forderung, wie sie formuliert ist nach dem Motto "Die Regierung soll Geld beschaffen", geht nicht. Wenn der Topf leer ist – und der Topf ist leer –, dann ist im Moment nichts zu holen, solange wir keinen neuen Haushalt beschlossen haben. Ich tue mich recht schwer zu glauben, dass er im neuen Haushalt so unterkommt. Von daher habe ich vom Grundsätzlichen her ein Problem damit. Das gilt auch für den zweiten Absatz des Antrags. Wir müssen erst mal darüber diskutieren. Sie können davon ausgehen, dass wir die Sache fachlich auf jeden Fall unterstützen werden. Aber ich tue mich schwer mit der Frage, ob wir das jetzt in dieser Form entscheiden können. Deshalb bitte ich die Kollegen von der SPD und insbesondere die GRÜNEN in Bezug auf ihren nachgezogenen Antrag um Verständnis, dass wir diesen Anträgen heute nicht zustimmen, sondern uns enthalten werden.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Herr Dr. Kaltenhauser, bitte bleiben Sie am Mikrofon. Herr Kollege Harald Güller von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Harald Güller (SPD): Herr Kaltenhauser, wir haben kein Verständnis dafür, wenn Sie sich enthalten. Der Antrag beinhaltet nämlich nicht das, was Sie gerade gesagt haben. Selbstverständlich müssten Sie sich enthalten oder sogar dagegen stimmen, wenn wir fordern würden, dass die Staatsregierung ohne Beschluss des Landtags Geld ausgibt. Aber die Situation ist wie folgt: Wir hatten im Doppelhaushalt 2017/2018 Verpflichtungsermächtigungen für die Jahre 2019, 2020 und 2021. Diese sind aber inzwischen ausgeschöpft bzw. sind zu über 75 % erfüllt worden. Man könnte diese Verpflichtungsermächtigungen aber auch zu mehr als 75 % ausgeben. Dann hätte man schon mal eine Spanne von 25 % zur Verfügung. Das wollen wir damit erreichen. Dazu müsste aber das Schreiben zur vorläufigen Haushaltsführung, das vom Finanzministerium herausgegeben wurde, entsprechend geändert werden. Wenn darüber hinaus noch eine Gesetzesänderung notwendig würde, müsste man sie jetzt auf den Weg bringen, sodass wir nicht warten müssen, bis wir den Haushalt am 14., 15. oder 16. Mai dieses Jahres verabschieden.

Ich hoffe, ich habe Ihnen einen Weg aufgezeigt, wie Sie unserem Antrag und auch dem der Kollegen von den GRÜNEN zustimmen können.

Dr. Helmut Kaltenhauser (FDP): Ich will jetzt keine Wortklauberei betreiben, aber Ihr Antrag unterscheidet sich von unserem insoweit, dass wir eine Prüfung des Möglichen fordern, während Sie schon Geld fordern. Damit tue ich mich schwer. Ich verstehe Ihre Ausführungen. Im Moment fällt es mir aber schwer, eine Entscheidung zu treffen, wobei ich im Übrigen noch nicht einmal den Betrag kenne, der dahintersteht. Wie gesagt: Die fachliche Unterstützung haben Sie, aber zum jetzigen Zeitpunkt fehlt mir die Grundlage, um zuzustimmen.

(Beifall bei der FDP)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Kollege Dr. Kaltenhauser. – Herr Kollege Johannes Becher vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat sich nun zu Wort gemeldet.

Johannes Becher (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir brauchen dringend den Kita-Ausbau. Alle wollen den Kita-Ausbau. Die Kommunen sind tätig geworden, die Kommunen planen, die Kommunen geben Gas, und jetzt ist plötzlich der Topf leer und man sagt: Es ist kein Geld mehr da und jetzt müsst ihr warten, vielleicht sechs, sieben Monate. – Das ist doch ein Unding. So kann es doch nicht funktionieren. Wir müssen bei dem Thema doch vorankommen. Darum bitte ich sehr darum, auch dem Antrag der SPD zuzustimmen. Herr Kollege Güller hat gerade erläutert, was zu tun ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Die Kommunen brauchen die Planungssicherheit. In den Kommunen sitzen die Eltern in der Stadtratssitzung, in der Gemeinderatssitzung, beim Bürgermeister; sie verweisen darauf, dass sie einen Rechtsanspruch haben und es irgendwie weitergehen muss. Die Kommunen sagen: Wir würden ja gerne machen, aber wir können nicht, weil wir uns nicht förderschädlich verhalten wollen. – Da müssen wir schneller eine pragmatische Lösung finden.

Vielleicht noch ein Hinweis: Ganz so überraschend ist es auch wieder nicht, dass dieser Fördertopf jetzt erschöpft ist; denn der Freistaat Bayern gibt nur Bundesmittel weiter und hält sich mit einem eigenen Sonderinvestitionsprogramm bislang vornehm zurück.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat im Jahr 2017, nachzulesen auf Drucksache 17/17774, ein Sonderinvestitionsprogramm beantragt. SPD und FREIE WÄHLER haben zugestimmt, aber der Antrag wurde mit der Mehrheit der CSU abgelehnt. Im

Jahr 2018, bei den Nachtragshaushaltsverhandlungen, hat die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, nachzulesen auf Drucksache 17/22566, 30 Millionen Euro für Zuweisungen für Investitionen an Gemeinden und Gemeindeverbände zur Schaffung zusätzlicher Betreuungsplätze für Kinder beantragt sowie zusätzlich jeweils 75 Millionen Euro als Verpflichtungsermächtigung für 2019 und 2020. Natürlich wurde auch das abgelehnt. Dass der Topf jetzt leer ist, ist insofern ein hausgemachtes Problem. Wir brauchen dringend ein eigenes Förderprogramm auch im neuen Doppelhaushalt.

Werte Kolleginnen und Kollegen der Koalition, hören Sie deswegen vielleicht ein bisschen auf die FREIEN WÄHLER, korrigieren Sie Ihren Fehler und stimmen Sie unserem Antrag zu, damit den Kommunen geholfen wird und damit letztlich auch den Eltern geholfen ist.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Herr Becher. – Frau Kollegin Sylvia Stierstorfer von der CSU hat sich zu Wort gemeldet.

Sylvia Stierstorfer (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben in Bayern eine gute Situation. Warum haben wir in Bayern eine gute Situation? – Weil es mehr Kinder in Bayern gibt, weil die Bevölkerung in Bayern wächst und weil Bayern beliebt ist.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben den Ausbau der Kinderbetreuungsangebote in den letzten Jahren massiv vorangetrieben. Sicherlich ist der Bedarf in den einzelnen Regionen unterschiedlich. Lassen Sie es mich klar sagen: Eigentlich ist es eine kommunale Aufgabe. Aber gerade uns als CSU war es immer wichtig, dass der Freistaat für unsere Familien und deren Kinder Verantwortung übernimmt. Daher haben wir dafür gesorgt, dass der Freistaat heute in den Ausbau der Betreuungsangebote investiert und Träger und Kommu-

nen bei den Investitionskosten massiv unterstützt. Ich darf das anhand nackter Zahlen belegen:

Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, jetzt muss ich etwas richtigstellen: Der Freistaat Bayern hat die Kommunen im Rahmen der bisherigen Sonderinvestitionsprogramme bereits mit knapp einer Milliarde Euro unterstützt, allein an Landesmitteln, zusätzlich mit Bundesmitteln in Höhe von knapp 700 Millionen Euro.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Hinzu kommt die Betriebsförderung, die allein im Jahr 2018 rund 1,7 Milliarden Euro ausmacht – Höchststand, meine lieben Kolleginnen und Kollegen!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Bayerns Kommunen und Träger – ich sage den Kommunen und den Trägern danke schön, die hier hervorragende Arbeit leisten – haben hervorragende Konditionen geschaffen. Es gibt kein anderes Bundesland, das die Kommunen im Bereich der Kinderbetreuung so unterstützt wie der Freistaat Bayern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, von den GRÜNEN und von der FDP, auch wir wollen, dass der Freistaat die Investitionen in die Kinderbetreuung in Zukunft weiter intensiv fördert. Wir wollen, dass der bedarfsgerechte Ausbau der Plätze weitergeht. Deshalb haben wir mit unserem Koalitionspartner vereinbart, dass bis 2023 42.000 neue Betreuungsplätze mit zusätzlich 10.000 Hortplätzen verankert werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Eines ist uns natürlich klar: Dieser Ankündigung müssen und werden wir Taten folgen lassen, wie wir das auch in der Vergangenheit getan haben.

(Zuruf des Abgeordneten Maximilian Deisenhofer (GRÜNE))

Die Investitionskosten spielen dabei die entscheidende Rolle. Daher wollen auch wir, dass dafür Geld bereitgestellt wird.

Wir lehnen den Dringlichkeitsantrag der SPD und die nachgezogenen Anträge von FDP und GRÜNEN heute dennoch ab. Warum? – Die Landesmittel für den Ausbau der Kinderbetreuungsplätze müssen im Doppelhaushalt 2019/2020 veranschlagt werden. Allen Fraktionen ist der Zeitplan bekannt, wie und wann die Haushaltsberatungen laufen. Die Frage der Landesmittel für den Ausbau gehört in diese Beratungen. Wir können und sollten diesen hier nicht vorgreifen. Alles zu seiner Zeit. Außerdem – und das möchte ich hier heute noch einmal betonen – ist der Landtag der Haushaltsgesetzgeber, der Souverän, also Sie alle, die Sie hier sitzen, nicht die Bayerische Staatsregierung. Das heißt, Sie stellen die Mittel bereit.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Deshalb lehnen wir die Anträge ab. Dabei ist klar: Wir wollen die Kommunen und Träger nicht im Stich lassen. Ich bin sehr froh darüber, dass sich das Sozialministerium mit unserer Ministerin an der Spitze ganz pragmatisch darum bemüht, für Planungssicherheit für die Kommunen zu sorgen, damit Bau und Einrichtung neuer Plätze möglichst weitergehen können. Es gilt jetzt, die Zeit zu überbrücken.

Insgesamt können wir doch feststellen: Bayern tut viel für seine Familien und seine Kinder. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die jetzt neu im Landtag sind, im letzten Doppelhaushalt haben wir rund fünf Milliarden Euro für familienpolitische Leistungen bereitgestellt. Ich meine, das ist eine enorme Summe für die Familien und für die Kinder in Bayern.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir werden diese Summe mit dem deutschlandweit einzigartigen Familiengeld, mit der Beitragsentlastung für alle Kindergartenjahre und in einem weiteren Schritt mit der

Beitragsentlastung im Krippenalter noch weiter ausweiten. Das sind nur einige Beispiele.

Lassen Sie mich mit einem Zitat des Dalai Lama schließen: "Die Kinder von heute sind die Gesellschaft von morgen." Deshalb ist jeder Cent, den wir für unsere Familien und unsere Kinder ausgeben, gut investiertes Geld.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Stierstorfer. – Frau Kollegin Doris Rauscher von der SPD-Fraktion hat sich zu einer Intervention gemeldet.

Doris Rauscher (SPD): Frau Kollegin Stierstorfer, Ihren Ausführungen entnehme ich, dass Sie ein Vakuum bei Planung und Bau der Kindertageseinrichtungen in den Kommunen in Kauf nehmen und die Kommunen zumindest bis nach den Haushaltsberatungen im Regen stehen lassen. Sie schieben den Ausbau für Monate auf die lange Bank, weil Sie nicht bereit sind, für die Kommunen eine gute Übergangslösung zu entwickeln.

(Beifall bei der SPD)

Sylvia Stierstorfer (CSU): Liebe Kollegin Rauscher, dem ist nicht so. Ich habe bereits ausgeführt, dass die Haushaltsberatungen gerade laufen. Sobald die Haushaltsberatungen abgeschlossen sind, sind wir mit in der Verantwortung. Dieser Verantwortung haben wir uns immer gestellt. Wir haben die Kommunen bisher nie im Regen stehen lassen. Wir sind ein verlässlicher Partner für die Kommunen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Tanja Schorer-Dremel (CSU):
Bravo!)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Vielen Dank, Frau Stierstorfer. – Der nächste Redner ist Herr Kollege Bernhard Pohl von der Fraktion FREIE WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Becher, Sie haben völlig recht, wenn Sie sagen, dass es sich lohnt, auf die FREIEN WÄHLER zu hören. Das sollten Sie auch bei Ihrem Abstimmungsverhalten beherzigen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kollegen von der SPD, zunächst habe ich mich darüber gewundert, dass Herr Kollege Güller nicht als Antragsteller auf diesem Antrag steht. Jetzt ist mir das klar.

Ich wundere mich über diesen Antrag. Ich finde ihn sehr mutig; denn eigentlich muss der Freistaat Bayern hier etwas reparieren, was in dem von der SPD geführten Bundesfamilienministerium falsch gelaufen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Dr. Fabian Mehring (FREIE WÄHLER):
(Beitrag nicht autorisiert) Sehr richtig!)

Sie haben vollmundig ein Sonderinvestitionsprogramm angekündigt und dieses im Bund mit viel zu wenig Mitteln unterlegt. Jetzt müssen wir hier in Bayern Feuerwehr spielen und im Doppelhaushalt 2019/2020 nachsteuern.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kollegen von der SPD, Sie brauchen sich aber keine Sorgen zu machen, diese Maßnahme wird folgen. Sie haben es mit Ihrer Zustimmung zu diesem Haushalt in der Hand, dieser von Ihnen gestellten Forderung eine gesetzliche Grundlage zu geben. Wir werden in den Haushaltsberatungen über dieses Thema sprechen. Im Haushalt sind Mittel in Höhe von über 100 Millionen Euro für 12.000 zusätzliche Plätze vorgesehen. Das sollte ausreichen. Damit werden wir unserer Verantwortung mehr als gerecht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, warum stellen Sie nicht einfach einen Haushaltsantrag und lassen uns dann bei den Haushaltsberatungen darüber diskutieren?

Eine zweite Bemerkung: Sie haben es selbst in der Hand, dass diese gesetzlichen Grundlagen schnell geschaffen werden. Tragen Sie dazu bei, dass die Haushaltsberatungen zügig vonstattengehen; dann können wir schnell einen Doppelhaushalt verabschieden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zuletzt möchte ich eine Anregung an die Staatsregierung geben. Vielleicht könnte geprüft werden, ob Förderzusagen nach dem Beschluss im Ministerrat ausgereicht werden können. Dann hätten die Kommunen ein Signal und eine verlässliche Planungsgrundlage. Uns geht es natürlich auch darum, gute Partner unserer Kommunen zu sein. Wir wollen, dass unsere Vorhaben schnell umgesetzt werden. Wir werden diesen Dringlichkeitsantrag und die nachgezogenen Dringlichkeitsanträge ablehnen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Zu einer Zwischenbemerkung erteile ich Herrn Kollegen Harald Güller von der SPD-Fraktion das Wort.

Harald Güller (SPD): Herr Kollege Pohl, sehen Sie sich einmal den Antrag an! Dort steht der Name "Harald Güller" zwischen den Namen von Doris Rauscher und unseres Fraktionsvorsitzenden Horst Arnold. Dieser Antrag ist sinnvoll und gut. Sie machen nur dicke Backen.

Die Sozialministerin schreibt: Wir unterstützen den Ausbau der Kitas. Toll! Die Realität sieht aber so aus: Dieses Programm mit 35 % zusätzlicher Förderung ist ein Bundesprogramm. Dieses Programm ist etatisiert als reine Weitergabe von Bundesmitteln. Danke an die Bundesregierung und die SPD in der Bundesregierung, dass das so gemacht worden ist! Der Deutsche Bundestag mit der SPD hat das mit Mehrheit so beschlossen.

Diese Gelder reichen momentan für das Jahr 2019 nicht aus. Sie wollen einen Planungsstopp, bis dieser Bayerische Landtag den Haushalt verabschiedet hat, den Sie erst am 20. Februar dieses Jahres vorlegen werden. Wir können über diesen Haushalt vorher nicht beraten, weil ihr ihn nicht vorher fertigbekommen habt.

Wir sagen: Es gibt eine Verwaltungslösung. Danach kann das Geld, das der Bund zur Verfügung gestellt hat und für das wir eine Verpflichtungsermächtigung im Haushalt 2018 für die Jahre 2019, 2020 und 2021 aufgenommen haben, ausgegeben werden. Herr Kollege Pohl, ich glaube, Sie haben dem damals auch zugestimmt. Dazu muss die Ausgabegrenze der Verpflichtungsermächtigung von 75 % auf 100 % angehoben werden. Das ist Verwaltungshandeln. Sie stimmen dagegen. Sie haben beim Koalitionsvertrag dicke Backen gemacht und akzeptiert, dass die Ministerin den Kommunen etwas zusagt, und jetzt halten Sie diese Zusage, zumindest bis Mitte dieses Jahres, nicht ein. Herr Kollege Pohl, wir halten das für inkonsequent und werden das den Kommunen exakt so mitteilen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Lieber Herr Kollege Güller, wenn wir schon von Absurditäten und dicken Backen sprechen: Ihre Bundesfamilienministerin macht sehr dicke Backen und hat nichts in der Tasche. Sie hat für die Jahre 2017 bis 2020 vollmundige Versprechungen gemacht. Die Hälfte dieses Zeitraums ist um; jetzt ist kein Geld mehr da, wir müssen dafür einspringen. Wir werden das tun und setzen damit fort, was wir in der letzten Legislaturperiode zu diesen Themen gefordert haben. Wir stehen dazu, und wir werden das im Doppelhaushalt abbilden.

Der Umstand, dass der Doppelhaushalt ein paar Monate später als sonst in Kraft treten wird, ist, wie Sie wissen, den Wahlen geschuldet. Von einem Stopp zu sprechen ist wirklich der Gipfel der Absurdität.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Fünfter Vizepräsident Markus Rinderspacher: Das Wort hat der Herr Abgeordnete Schiffers von der AfD-Fraktion.

(Beifall bei der AfD)

Jan Schiffers (AfD): (Beitrag nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, liebe Bürgerinnen und Bürger! "Wir wollen die Lufthoheit über den Kinderbetten erobern", so triumphierte Olaf Scholz, der sozialdemokratische Politiker, heute Finanzminister, vor einigen Jahren. Er frohlockte regelrecht, als er diesen Satz sagte. Die Lufthoheit über den Kinderbetten ist quasi das Mantra, man könnte auch sagen: der tiefrote Faden, der sich durch die Familienpolitik der SPD zieht.

Wir von der AfD sind für echte Wahlfreiheit. Wir möchten den Menschen die Möglichkeit geben, selbst zu entscheiden, ob sie ihre Kinder fremdbetreuen lassen wollen, ob ein Elternteil zu Hause bleibt, der die Betreuung übernimmt, oder ob sich beide Eltern bei der Betreuung abwechseln wollen. Als freiheitlicher Partei ist uns das ein Grundanliegen.

(Beifall bei der AfD)

Wir sehen selbstverständlich auch das Bedürfnis, den Kita-Ausbau voranzutreiben und insbesondere auch die Qualität in den Kitas weiter zu verbessern. Das wird heute bei einem späteren Antrag noch Thema sein. Gleichwohl lehnen wir es strikt ab, so wie es Herrn Scholz vorschwebt, einseitig ein bestimmtes Familienmodell, ein bestimmtes Kinderbetreuungsmodell zu bevorzugen.

Wenn man diesen Dringlichkeitsantrag der SPD ansieht, hat man den Eindruck, dass es der SPD gar nicht schnell genug gehen kann, die Lufthoheit über den Kinderbetten zu erobern. Dazu sagen wir ganz klar Nein. Der Kita-Ausbau wird auch gern damit begründet, dass die frühkindliche Bildung nur so gewährleistet werden könne. Dazu sage ich aber – das weiß jeder, der selbst Kinder hat –: Frühkindliche Bildung fängt im El-

ternhaus aus. Sie fängt ganz früh mit dem ersten Vorlesen, mit den ersten Spielen an. Es ist nicht so, dass frühkindliche Bildung nur in einer verstaatlichten Einrichtung möglich ist.

(Beifall bei der AfD – Unruhe bei der SPD)

– Ja, spitzen Sie ruhig die Ohren, das kann nicht schaden. – Wir sagen als AfD ganz klar: Wir wollen auch mehr frühkindliche Bindung statt einer einseitig verstaatlichten frühkindlichen Bildung als allein seligmachendem Modell.

Was die handwerkliche Seite des Antrags angeht, so fällt negativ auf, dass eine einzelne Äußerung von Sozialministerin Schreyer quasi aus dem Zusammenhang gerissen und herangezogen wird, um eine bestimmte Situation zu konstruieren. Aus meiner Sicht – nun gut, ich bin Parlamentsneuling – ist das ein schwacher Antrag. Auf jeden Fall ist er schwach begründet. Deshalb ist auch die Haltung der AfD-Fraktion ganz klar: Wir lehnen diesen Antrag ab.

Ganz kurz sei noch angemerkt, dass ein Abweichen vom Haushalt grundsätzlich kritisch zu sehen ist. In echten Notlagen ist dies sicherlich eine Option. Aber eine echte Notlage können wir als AfD-Fraktion hier nicht erkennen.

Aus den vorgestellten Gründen lehnen wir den Antrag und auch die beiden eingereichten Folgeanträge ab.

(Beifall bei der AfD)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Als nächste Rednerin hat Frau Staatsministerin Schreyer das Wort.

Staatsministerin Kerstin Schreyer (Familie, Arbeit und Soziales): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Bayerische Staatsregierung und der Freistaat lassen die Kommunen nicht im Stich, ganz im Gegenteil. Die bayerischen Kommunen haben sehr viel geleistet, und wir sind unserer Verantwortung, sie finan-

ziell zu unterstützen, immer gerecht geworden. In ganz Deutschland kann man beobachten, dass wir an der Seite der Kommunen stehen.

Auch hier haben wir wieder das Phänomen, dass der Bund große Ankündigungen macht, wo er überall finanziell unterstützt, und dann beißt es halt auch wieder aus; das Land steht dann selbstverständlich dafür ein und versucht, sich in seinem Bereich entsprechend einzubringen.

Wir haben im Koalitionsvertrag 42.000 Plätze für Kinder bis zur Einschulung vereinbart, auch haben wir das Sonderinvestitionsprogramm, mit dem bis zu 90 % der förderfähigen Kosten gefördert werden. Beim jetzigen Stand ergibt sich, dass wir bis Ende 2024 1,62 Milliarden Euro, davon 922 Millionen Landesmittel, in den Kita-Ausbau gesteckt haben werden. Wir fördern die laufenden Betriebskosten. Allein im Jahr 2018 waren das 1,7 Milliarden Euro. Es kann also keine Rede davon sein, dass Bayern hier seine Aufgaben nicht erledigt.

Sie haben natürlich recht, wenn Sie sagen, dass das Vierte Sonderinvestitionsprogramm Bundesmittel sind. Deswegen haben wir diese auch an die Kommunen weitergereicht. Allein dadurch wurden schon 30.000 zusätzliche Plätze finanziert. Die Bundesmittel, die sich im Vierten Sonderinvestitionsprogramm befinden, sind derzeit vollständig gebunden und verplant. Das heißt, Bayern ist vorbildlich und schneller als andere. Ich denke, dass dies eher einen Applaus als Kritik verdient.

(Beifall bei der CSU)

Der Bund hat klar gesagt, er möchte sein Ziel bis 2020 erreichen. Wir haben die Mittel bereits jetzt ausgereicht. Insofern ist es richtig, dass wir in den Haushaltsberatungen überlegen müssen, was wir in Bezug auf die Landesmittel machen, wie viel wir hierfür einstellen. Sie dürfen versichert sein, dass es dazu von uns auch Vorschläge geben wird. Wir alle werden miteinander beraten, was wir an diesen Haushaltsstellen einstellen.

In den ersten drei Sonderinvestitionsprogrammen hat der Freistaat bereits 922 Millionen Euro eingesetzt. Insofern finde ich es spannend, wenn es heißt, wir würden die Kommunen an irgendeiner Stelle im Stich lassen. Das tun wir nicht, ganz im Gegenteil. Wir waren nur vorausschauend und schneller, und dass wir schneller investiert haben, als es sich der Bund vorgestellt hat, lasse ich mir mit Sicherheit nicht vorwerfen.

(Beifall bei der CSU)

Was Sie sicherlich aus der Zeitung aufgegriffen haben – Sie hätten mich auch fragen können; ich hätte es Ihnen sehr gern erläutert –, ist die Tatsache, dass die Bescheide teilweise nicht ausgestellt werden können, weil wir keinen Haushalt haben. Bei Wahlen ist es logisch, dass der Haushalt ein Stück nach hinten rutscht. Deswegen ist er noch nicht beschlossen. Ohne einen beschlossenen Haushalt lassen sich Gelder halt auch nicht ausbezahlen.

Deswegen werde ich, sobald das Kabinett den Haushaltsvorschlag unterbreitet hat, Unbedenklichkeitsbescheinigungen beantragen. Das heißt, die Kommunen stellen ihre Anträge, wir erteilen die Unbedenklichkeitsbescheinigung, und die Kommune kann weiterhin ganz normal planen und bauen.

Das wäre im Rahmen einer kurzen Frage zu erklären gewesen. Die Kommunen haben die Planungssicherheit, sie bekommen ihr Geld, genauso, wie das mit dem Haushalt beschlossen werden wird. Das Hohe Haus ist für die Haushaltsberatungen zuständig. Wir versuchen, das Problem über die Unbedenklichkeitsbescheinigungen zu lösen, sodass für die Kommunen keine Unsicherheit besteht. Das ist ein gängiges Verfahren. Sie wissen, dass das möglich ist, und das machen wir ab diesem Zeitpunkt auch.

(Beifall bei der CSU)

Das bedeutet im Klartext: Die Kommunen haben die Sicherheit, der Freistaat steht weiterhin an ihrer Seite, und jeder hier im Haus hat die Möglichkeit, das Verfahren po-

sitiv zu begleiten, indem er die Haushaltsverfahren und -beratungen nicht verlängert, sondern beschleunigt, indem jeder Disziplin hält. Besonders schön wäre ein einstimmiger Beschluss dieses Hauses, damit die Kommunen ihr Geld bekommen. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Ich komme zu den Abstimmungen. Es liegt ein Antrag auf namentliche Abstimmung vor. Deshalb lasse ich zuerst über den Dringlichkeitsantrag der FDP-Fraktion auf Drucksache 18/229 abstimmen.

Wer seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN, der SPD und der FDP. Gegenstimmen! – Das sind die CSU-Fraktion, die FREIEN WÄHLER und die AfD. Stimmenthaltungen? – Sehe ich keine. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 18/230 seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der GRÜNEN und der SPD. Wer ist gegen diesen Antrag? – Das sind die Fraktionen der CSU, der FREIEN WÄHLER und der AfD. Stimmenthaltungen? – Die FDP-Fraktion. Damit ist dieser Antrag ebenfalls abgelehnt.

Ich komme jetzt zur namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der SPD-Fraktion auf Drucksache 18/214. Die Urnen stehen bereit. Die Abstimmung ist eröffnet. Die Abstimmungszeit beträgt fünf Minuten.

(Namentliche Abstimmung von 13:38 bis 13:43 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Stimmabgabe ist hiermit geschlossen. Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen.

(Unruhe – Glocke des Präsidenten)

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier und Fraktion (AfD) betreffend "Damit Bayern bayerisch bleibt – Umleitung staatlicher Finanzmittel für Integrationsmaßnahmen in Maßnahmen zur freiwilligen Ausreise", Drucksache 18/213, bekannt. Mit Ja haben 20 Abgeordnete gestimmt, mit Nein haben 165 Abgeordnete gestimmt. Ohne Stimmenthaltungen ist der Antrag damit abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

(...)

Sechster Vizepräsident Dr. Wolfgang Heubisch: Die Abstimmung ist geschlossen. Ich darf Sie bitten, die Plätze wieder einzunehmen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Doris Rauscher und anderer und Fraktion (SPD) betreffend "Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen", Drucksache 18/214, bekannt. Mit Ja haben 52 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 115 Abgeordnete. Es gab 10 Stimmenthaltungen. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 31.01.2019 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Horst Arnold, Harald Güller, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; Akute Finanzierungslücke beim Ausbau der Kinderbetreuung umgehend schließen und ausreichende Investitionen dauerhaft sicherstellen! (Drucksache 18/214)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X		
Adjei Benjamin	X		
Aigner Ilse			
Aiwanger Hubert		X	
Arnold Horst			
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter			
Bauer Volker		X	
Baumgärtner Jürgen		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X	
Bayerbach Markus		X	
Becher Johannes	X		
Becker Barbara		X	
Beißwenger Eric		X	
Bergmüller Franz		X	
Blume Markus		X	
Böhm Martin		X	
Bozoglu Cemal	X		
Brannekämper Robert		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
von Brunn Florian	X		
Dr. Büchler Markus			
Busch Michael	X		
Celina Kerstin	X		
Dr. Cyron Anne			
Deisenhofer Maximilian	X		
Demirel Gülseren	X		
Dorow Alex			
Dremel Holger		X	
Dünkel Norbert			
Duin Albert			X
Ebner-Steiner Katrin		X	
Eck Gerhard		X	
Eibl Manfred		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute		X	
Eisenreich Georg			
Enders Susann		X	
Enghuber Matthias		X	
Fackler Wolfgang		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Faltermeier Hubert		X	
Fehlner Martina	X		
Fischbach Matthias			X
Flierl Alexander		X	
Flisek Christian	X		
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Friedl Hans		X	
Friedl Patrick			
Fuchs Barbara	X		
Füracker Albert		X	
Ganserer Markus (Tessa)	X		
Gehring Thomas	X		
Gerlach Judith		X	
Gibis Max		X	
Glauber Thorsten		X	
Gotthardt Tobias		X	
Gottstein Eva		X	
Graupner Richard		X	
Grob Alfred		X	
Güller Harald	X		
Guttenberger Petra		X	
Häusler Johann			
Hagen Martin			X
Prof. Dr. Hahn Ingo		X	
Halbleib Volkmar			
Hanisch Joachim		X	
Hartmann Ludwig	X		
Hauber Wolfgang		X	
Haubrich Christina	X		
Henkel Uli		X	
Herold Hans		X	
Dr. Herrmann Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. Herz Leopold		X	
Dr. Heubisch Wolfgang			X
Hierneis Christian	X		
Hiersemann Alexandra	X		
Hintersberger Johannes		X	
Högl Petra		X	
Hofmann Michael		X	
Hold Alexander		X	
Holetschek Klaus		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Huber Martin		X	
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Dr. Kaltenhauser Helmut			X
Kaniber Michaela		X	
Karl Annette			
Kirchner Sandro		X	
Klingen Christian		X	
Knoblach Paul	X		
Köhler Claudia	X		
König Alexander		X	
Körber Sebastian			X
Kohler Jochen		X	
Kohnen Natascha	X		
Krahl Andreas	X		
Kraus Nikolaus			
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Kurz Susanne	X		
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Lettenbauer Eva	X		
Löw Stefan		X	
Dr. Loibl Petra		X	
Ludwig Rainer		X	
Magerl Roland		X	
Maier Christoph		X	
Mang Ferdinand		X	
Mannes Gerd		X	
Markwort Helmut			X
Dr. Mehring Fabian		X	
Dr. Merk Beate			
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen	X		
Mittag Martin		X	
Monatzeder Hep	X		
Dr. Müller Ralph		X	
Müller Ruth	X		
Muthmann Alexander			X
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzing er Stephan		X	
Osgyan Verena			
Pargent Tim	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pittner Gerald		X	
Plenk Markus		X	
Pohl Bernhard		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Pschierer Franz Josef		X	
Radler Kerstin		X	
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Regitz Barbara		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian	X		
Rüth Berthold			
Dr. Runge Martin	X		
Sandt Julika			X
Sauter Alfred			
Schalk Andreas		X	
Scharf Ulrike		X	
Schiffers Jan		X	
Schmid Josef			
Schmidt Gabi		X	
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni	X		
Schuhknecht Stephanie	X		
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan	X		
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Seidl Josef			
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Siekmann Florian	X		
Singer Ulrich		X	
Skutella Christoph			
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula	X		
Dr. Spitzer Dominik			X
Stachowitz Diana	X		
Stadler Ralf			
Steinberger Rosi	X		
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Stolz Anna			
Straub Karl		X	
Streibl Florian		X	
Dr. Strohmayer Simone	X		
Stümpfig Martin	X		
Swoboda Raimund		X	
Tasdelen Arif			
Taubeneder Walter		X	
Toman Anna	X		
Tomaschko Peter		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele	X		
Urban Hans	X		
Vogel Steffen		X	
Wagle Martin			
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Dr. Weigand Sabine	X		
Weigert Roland		X	
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta		X	
Wild Margit	X		
Winhart Andreas		X	
Winter Georg		X	
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Zwanziger Christian	X		
Gesamtsumme	52	115	10